

Antragsbuch

Landesdelegiertenkonferenz
der Jusos Brandenburg
08.-09. September 2018
AWO Ferien- und Freizeitzentrum
Am Gut 6, 15936 Dahme (Mark)/OT Kemnitz



Inhaltsverzeichnis	Seite
Übersicht	3
B – Bildung, Ausbildung und Wissenschaft	5
C – Chancengleichheit, Soziales und Arbeitsmarkt	22
D – Demokratie, Inneres, Justiz und Verbraucherschutz	31
F – Flucht und Migration	42
G – Gesundheit	47
N – Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales	53
U – Umweltpolitik	60
O – Organisation und Partei	65
V – Verkehrspolitik und Infrastruktur	68

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg
08.-09. September 2018
AWO Ferien- und Freizeitzentrum
Am Gut 6, 15936 Dahme (Mark)/OT Kemnitz

Nr.	Titel	Antragst.	S.
B1	Evaluation von Schulleitungen im Land Brandenburg	LAK Bildung	6
B2	Lehrerausbildung besser planen	LAK Bildung	8
B3	Abschaffung des Religionsunterrichts in Brandenburg	LAK Bildung	9
B4	Unser Digitalisierungskonzept für Brandenburgs Schulen	LAK Bildung	11
B5	Digitalisierung in der Schule	JSAG	14
B6	Bessere Schulausstattung	JSAG	17
B7	Anpassung der Fahrtzeiten des ÖPNV an den Schulpendelverkehr	JSAG	19
B8	Unterschiede im Bildungssystem der Länder abbauen	JSAG	20
C1	Solidarität mit den Beschäftigten von Real – Gegen Tarifflicht	UB LDS	23
C2	Bezahlbarer Wohnraum für alle!	UB OSL	25
C3	Für mehr Betriebskrippenplätze in Brandenburg!	UB MOL	26
C4	Hilfestellungen für Auszubildende	UB P	29
D1	Regulierung der Werbung von Online-Casinos	UB LDS	32
D2	Monopolstellungen im Rahmen des §21 StVZO auflösen	UB LDS	34
D3	Passives Wahlrecht ab 16 Jahren auf Kommunalebene	JSAG	36
D4	Erneuerung der SPD – Bürgernähe Jetzt	UB P	37
D5	Für ein stärkeres Eintreten gegen Rechtspopulismus und gegen die Verrohung der politischen Sprache	UB P	39
F1	Für eine eigene, linke und humanere Migrationspolitik	UB P	43
F2	Nicht-regierungsgesteuerte Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden	UB P	45
G1	Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen, Impfpflicht einführen, Prävention stärken, Globokalypse now!	UB OSL	48
G2	Beamtinnen und Beamten den Weg in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) eröffnen	UB HVL	50
N1	Netzneutralität im Grundgesetz verankern	UB P	54
N2	SPD für Digital Natives wählbar machen	UB P	55
U1	Kampagne für Klima- und Umweltschutz	UB P	61
U2	Erneuerung der SPD durch Einbringung ökologischer Themen	UB P	63
O1	Mehr Juso-Power	LaVo	66

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg
08.-09. September 2018
AWO Ferien- und Freizeitzentrum
Am Gut 6, 15936 Dahme (Mark)/OT Kemnitz

V1	Es kann so einfach sein: ÖPNV in Brandenburg ticketlos gestalten	UB P und UB OSL	69
V2	EIN Ticket für Berlin und Brandenburg	LaVo	71
V3	Trend alternder Städte umkehren	UB P	72

1

B – Bildung, Ausbildung und Wissenschaft

1 Antragsteller: LAK Bildung

2 Evaluation von Schulleitungen im Land Brandenburg

3 zur Weiterleitung an: Landesparteitag, MBS, Landesregierung

4	B 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Wir fordern die Landesregierung und das SPD geführte Ministerium für Bildung, Jugend
9 und Sport in Brandenburg dazu auf, dass alle 10 Jahre, sowie im Bedarfsfall, die
10 Schulleitungen der staatlichen Schulen durch vom staatlichen Schulamt entsendete
11 Personen evaluiert und geprüft werden sollen. Dafür soll im staatlichen Schulamt eine
12 extra Stelle geschaffen werden.

13 Antragsbegründung:

14 Um in unseren Schulen die bestmögliche Qualität zu haben, benötigen wir auch
15 kompetente Schulleitungen, die ihre Arbeit bestmöglich erfüllen können. Die Schulleitung
16 ist für die Organisation des Schulalltags, die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen
17 und Behörden verantwortlich oder repräsentiert die Schule nach außen, um nur einige der
18 Aufgaben einer Schulleitung aufzuführen. Durch diese vielen Verantwortungsvollen
19 Aufgaben kann eine schlechte Ausführung dieser die Arbeit an der gesamten Schule
20 behindern, was nicht geduldet werden sollte.

21 Um eine gewisse Qualität zu erreichen und zu sichern, sowie um den Schulleitungen auch
22 eine Rückmeldung zu ihrer Arbeit zu geben, soll eine Stelle im Schulamt geschaffen
23 werden, die nach festgelegten Maßstäben die Arbeit der Schulleitung im regelmäßigen
24 Zeitraum von 10 Jahren oder bei Bedarf aufgrund von Beschwerden oder ähnlichen
25 Vorkommnissen, einschätzt und ihnen dann ein Feedback geben kann.

- 1 Wir wollen schulfremde Personen für diese Evaluation einsetzen, da diese am wenigsten
- 2 Befangen gegenüber der Schulleitung arbeiten können und beim Vergleich vieler
- 3 unterschiedlicher Schulleitungen einen umfangreichen Gesamteindruck erhalten,
- 4 wodurch eine bessere Einschätzung erfolgen kann.

5

1 **Antragsteller:** LAK Bildung

2 **Lehrerausbildung besser planen**

3 **zur Weiterleitung an:** Ministerium für Bildung, Jugend und Sport; Ministerium für
4 Wissenschaft, Forschung und Kultur; Landesregierung; SPD Landesparteitag

5 B 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
6	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

7

8 **Antragstext:**

9 Die Jusos Brandenburg fordern das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in
10 Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur dazu auf,
11 dass ein Plan erstellt wird, der darlegt, in welchen Unterrichtsfächern noch Lehrer*innen
12 benötigt werden.

13 **Antragsbegründung:**

14 In vielen anderen Bundesländern wurde von den zuständigen Ministerien bereits eine
15 Übersicht erarbeitet, durch welche der Bestand an Lehrer*innen verdeutlicht wurde und
16 für welche Fächer noch Lehrer*innen benötigt werden.

17 Häufig werden die Lehrer*innen in Fächern ausgebildet, die bereits ausreichend besetzt
18 sind, wodurch jedoch einige Fächer, besonders die MINT-Fächer, unterbesetzt sind. Mit
19 einer Statistik ist es einfacher zu planen, für welche Fächer noch Lehrkräfte benötigt
20 werden einzusehen und im Falle eines Überschusses an Lehrkräften in einem anderen
21 Bereich für jenen einen Ausbildungsstopp zu erwirken.

22 Diese Übersicht soll in Zusammenarbeit der beiden Ministerien erstellt werden, da das
23 Wissenschaftsministerium für die Ausbildung der Lehrkräfte verantwortlich ist und das
24 Bildungsministerium die Verantwortung für die Schulen trägt.

1 Antragsteller: LAK Bildung

2 Abschaffung des Religionsunterrichts in Brandenburg

3 zur Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, MBS, Landesregierung

4	B 3	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Wir fordern die Landesregierung auf, dass der Religionsunterricht nicht länger in
9 staatlichen Schulen erteilt wird und vollständig durch den LER-Unterricht ersetzt wird. Der
10 Lehrplan des Fachs LER soll dementsprechend so verändert werden, dass die
11 Religionsvielfalt mindestens 1 Schuljahr Thema im Unterricht ist.

12 Antragsbegründung:

13 Zurzeit können die Schüler zwischen LER und Religion immer am Beginn eines Schuljahres
14 wählen. Der LER-Unterricht setzt sich genau wie der Religionsunterricht mit den
15 Religionen auseinander, behandelt aber auch weitere Themen, die darüber hinausgehen
16 und zudem die unterschiedlichen Religionen neutral behandelt.

17 Da der Religionsunterricht von Personen, die von einer Kirche oder Religionsgemeinschaft
18 bevollmächtigt sind, erteilt wird¹, sehen wir eine Beeinflussung der Kinder und
19 Jugendlichen und eine Fehlende Trennung von Religion und Kirche. Auch der Punkt, dass
20 der Kirche oder Glaubensgemeinschaft, die den Unterricht anbietet, viele Freiheiten, wie
21 etwa die Erstellung von eigenen curricularen Vorgaben zur Erteilung des Unterrichts² oder

¹ Verordnung über Religionsunterricht und Weltanschauungsunterricht an Schulen (Religions- und Weltanschauungsunterrichtsverordnung - RWUV) §2 (1)

² RWUV §2 (2)

1 die Bestimmung der Maßgaben zur Bewertung von Leistungen³ gegeben werden, ist
2 falsch, da die Kirchen und Glaubensgemeinschaften dadurch einen weitreichenden
3 Einfluss auf die Rahmenbedingungen und somit auch die Schüler*innen haben.

4 Ein weiterer Aspekt ist, dass der Religionsunterricht nur von Vertretern einer Religion
5 angeboten wird und den Angehörigen einer anderen Glaubensgemeinschaft die
6 Möglichkeit verwehrt ist in der Schule am Religionsunterricht ihrer Glaubensrichtung
7 teilzunehmen, wodurch weiterhin die Gleichberechtigung der unterschiedlichen
8 Religionen in Frage steht.

9 Gestützt wird dieser Antrag von einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov.
10 Laut dessen Erhebung aus dem Jahr 2016 sind 69% der Deutschen für eine Abschaffung
11 des Religionsunterrichts, wobei im Osten sogar 81% der Menschen dafür sind⁴. Diese
12 Erhebung wurde kurz nachdem Luxemburg den Religionsunterricht an staatlichen Schulen
13 abgeschafft und durch einen neutralen Werteunterricht ersetzt hat geführt, womit auch
14 am Beispiel eines anderen EU Landes bereits gezeigt wurde, dass die Abschaffung des
15 Religionsunterrichts gelingen kann.⁵

16 Für Schüler*innen, die dennoch den Religionsunterricht oder andere kirchliche Angebote
17 besuchen wollen, gibt es auch außerhalb der Schule, wie etwa zur Konfirmation, die
18 Möglichkeit dies zu tun, wobei dann aber jede Religion ihre eigenen Angebote hat.

19 Schlussendlich empfinden wir den LER-Unterricht als neutrale Alternative zum
20 Religionsunterricht und erhoffen uns durch die Streichung des ohnehin mit 2 Stunden im
21 Plan stehenden Fachs Religion, andere Fächer in den Vordergrund zu stellen.

³ RWUV §5

⁴ <https://yougov.de/news/2016/09/28/mehrheit-fur-abschaffung-des-religionsunterrichts/>

⁵

1 Antragsteller: LAK Bildung

2 Unser Digitalisierungskonzept für Brandenburgs Schulen

3 zur Weiterleitung an: Landesparteitag, Landesregierung

4 **B 4** angenommen mit Änderungen angenommen

5 abgelehnt überwiesen an _____

6

7 **Antragstext:**

8 Wir Jusos fordern, dass die Digitalisierung der Schulen im Land Brandenburg erfolgt,

9 wobei auch folgende Punkte miteinbezogen werden:

- 10 - Lehrkräfte ausreichend im Umgang mit den digitalen Medien und Möglichkeiten
11 ausbilden
- 12 - WLAN und eine Grundausstattung an Technik an allen Schulen
- 13 - Einbezug der Schüler*innen in das Konzept und die Gestaltung
- 14 - Informatikunterricht anpassen und verpflichten
- 15 - Schulen mit ausreichend finanziellen Hilfen unterstützen

16 **Antragsbegründung:**

17 Im Bereich der Digitalisierung liegen Deutschland und Brandenburg noch sehr weit zurück.
18 Doch im 21. Jahrhundert haben wir bereits eine riesige Zahl an Möglichkeiten, wie wir die
19 „neuen Medien“ in den Schulen nutzen können, um den Schüler*innen eine optimale
20 Bildung zu ermöglichen.

21 Doch die Schulen und ihre Träger sind allein nur sehr beschränkt in der Anschaffung von
22 Tablets, PCs oder ähnlichen Angeboten, weshalb die Landes- und Bundesregierung in die

1 Schulen investieren müssen! In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Ausweitung des
2 „medienfit☺“-Programms auf weiterführende Schulen⁶, sehen dies aber nur als Anfang
3 der Investition durch die Landesregierung. Denn es reicht nicht aus, wenn man nur in die
4 Technik, nicht aber ins WLAN, was für viele Funktionen eine Voraussetzung ist, investiert.
5 Diese Investition, eine Investition in die Schulen, ist eine Investition in die Bildung der
6 Jugend und somit in das ganze Land.

7 Doch auch eine moderne Ausstattung allein ist nicht genug – Wir benötigen qualifizierte
8 Lehrer*innen, die den Umgang mit der Technik und ihren daraus ergebenden Möglichkeiten
9 in der Ausbildung erlernen oder in verpflichtenden Seminaren sich in diesem Bereich
10 weiterbilden lassen. Denn wenn die Lehrkräfte keinen Umgang oder keine Erfahrung mit
11 den Medien haben, kann die Ausstattung nicht im vollen Umfang genutzt werden und den
12 Schüler*innen werden die besten Möglichkeiten verwehrt. Laut der Evaluation der
13 schulischen Medienbildung⁷, durchgeführt vom MBS, sind viele Lehrer hochmotiviert mit
14 den „neuen Medien“ zu arbeiten – Warum soll dieses Potential nicht genutzt werden?

15 Mit zunehmender Digitalisierung muss auch über die Umgestaltung des
16 Informatikunterrichts nachgedacht werden: Zwar sollten weiterhin Kenntnisse in Office-
17 Programmen, wie PowerPoint, Word oder Excel, vermittelt werden, doch das Fach muss
18 auch weitere Kernthemen behandeln. Besonders Themen oder Programme, die die
19 Schüler*innen interessieren, wie etwa Bildbearbeitung, Schneiden von Filmen oder
20 Layouten, sollten behandelt werden. Natürlich kann man dabei auch die Schüler*innen in
21 der Themenauswahl miteinbeziehen.

22 Nicht nur die Technik selbst, sondern auch ein grundsätzliches Verständnis für den
23 Computer, sowie Kompetenzen im Bereich Cybermobbing, Auftreten im Internet und
24 sonstige Grundlegende Voraussetzungen für den Umgang mit einem Computer müssen

⁶ <https://mbs.brandenburg.de/bildung/weitere-themen/evaluation-der-schulischen-medienbildung.html>

⁷ siehe ¹

- 1 vermittelt werden. Für höhere Jahrgänge sollte auch der Einstieg ins Programmieren
- 2 behandelt werden, wobei der Erwerb von Grundlagen als Ziel gesehen wird.
- 3 Je mehr Möglichkeiten man in der Schulzeit hat, desto mehr lernt man, was der gesamten
- 4 Gesellschaft am Ende zu Gute kommt.

1 Antragsteller: JSAG Brandenburg

2 Digitalisierung in der Schule

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag

4	B 5	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert,
8 sich aktiv einzusetzen...

9 1. alle Schulen bis zum Ende des Jahres 2022 vollständig mit Smartboards
10 auszustatten.

11 2. verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte, für die Erlangung von digitalen
12 Kompetenzen, mindestens 1-mal im Schuljahr einzuführen.

13 3. dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg ein
14 zukunftsfähiges Konzept für digitale Bildung zu entwickeln und die nötigen
15 Mittel dafür bereitzustellen. Dazu gehören digitale Medien vollständig im
16 Unterrichtsgeschehen zu etablieren, Schulbücher digital bereitzustellen, falls
17 es der/die Schüler*in wünscht und freies WLAN, für die Schülerschaft, zu
18 Recherchezwecken bereitzustellen. Außerdem soll die Handynutzung in den
19 Pausen nicht mehr unterbunden werden dürfen.

20 4. Einbindung von Medienkompetenzunterricht in den WAT-
21 /Informatikunterricht. WAT in Grundschule und Informatik in der
22 weiterführenden Schule.

23 5. Pilotprojekte für Tablet-/Laptopklassen, für eine Dauer von 2 Jahren, im ganzen
24 Bundesland an verschiedenen Orten einzuführen. Dabei sollen unter anderem
25 Programme für einen digitalen Klassenraum wie SchulCommSy genutzt

1 werden. Die Erkenntnisse sollen durch das LISUM auszuwerten und die
2 Erkenntnisse auf allen Schulen im Bundesland angewendet werden.

3 **Antragsbegründung:**

4 Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs. Die Digitalisierung bestimmt unser Leben
5 immer mehr und bietet uns eine Vielzahl an Erleichterungen. Digitale Kompetenzen
6 werden mittlerweile von fast jedem Arbeitgeber gefordert. Allerdings werden unsere
7 Schulen der Herausforderung der digitalen Bildung nicht gerecht. Und können die
8 Schüler*innen nicht optimal vorbereiten.

9 Smartboards sind eine der Möglichkeiten das Schulleben massiv zu vereinfachen. Sie
10 vermitteln den Schülern ein Mindestmaß an digitalen Kompetenzen und bieten den
11 Lehrkräften eine Vielzahl an neuen Unterrichtsmöglichkeiten. Unter anderem bestehen die
12 Möglichkeiten Lehrfilme abzuspielen interaktive Lehrprogramme anzuwenden oder das
13 Tafelbild im Netz für verhinderte Schüler*innen, z.B. mit SchulCommSy zu speichern.

14 Diese Möglichkeiten können aber nur ausgeschöpft werden, wenn die Lehrkräfte die
15 nötigen digitalen Kompetenzen besitzen. Das ist in der Regel nicht der Fall. Um diese
16 Möglichkeiten der Digitalisierung auszuschöpfen, müssen die Lehrkräfte verpflichtend
17 fortgebildet werden. Das Minimum dabei sollte eine eintägige Fortbildung pro Schuljahr
18 sein. Dabei sollen sie auf den aktuellsten Stand der Möglichkeiten gebracht werden.

19 Eine Unterstützung der Lehrkräfte kann dabei ein Konzept zum digitalen Unterricht
20 stellen, welches auch den Standards des 21. Jahrhunderts entspricht. Dieses Konzept soll
21 vom LISUM entwickelt werden, dazu sollen Experten im Bereich der Pädagogik und
22 Digitales hinzugezogen werden. Dieses Konzept soll die Digitalisierung in den Schulen
23 regeln und dabei, sofern dies möglich ist individuelle Möglichkeiten für die Schüler*innen
24 bieten. Zum Fortschritt der Digitalisierung gehört unter anderem das Verbot der
25 Handynutzung, in allen Schulen des Landes aufzuheben und die nötigen Mittel für ein

1 freies WLAN zur Verfügung zu stellen. Dieses soll vor allem für Recherchezwecke genutzt
2 werden.

3 Um sicherzustellen, dass unsere Schüler*innen bestmögliche digitale Kompetenzen
4 entwickeln, soll ein Teilbereich Medienkompetenzen in den WAT-bzw.
5 Informatikunterricht eingegliedert werden. In diesem Bereich soll der Umgang, mit
6 Programmen des täglichen Gebrauchs (z.B. Word, Excel, Power Point), vermittelt werden.
7 Das Vermitteln von Medienkompetenzen sind dringend notwendig, um mit den
8 wichtigsten Programmen in unserem heutigen Alltag kompetent arbeiten zu können. Im
9 Informatikunterricht werden die grundlegenden Kenntnisse nicht gut genug vermittelt.
10 Zudem kommt hinzu, dass viele Schulen das Fach Informatik gar nicht anbieten und die
11 Schüler*innen dadurch einen deutlichen Nachteil erfahren. Informatik soll aufbauende
12 Kenntnisse wie das Programmieren aber weiterhin vermitteln. Den Lehrplan, für den
13 Teilbereich Medienkompetenzen, soll wie andere Rahmenlehrpläne auch, vom LISUM
14 entwickelt werden.

15 Unvermeidlich gehört zur Zukunft des Bildungssystems die richtige Ausstattung der
16 Schüler*innen. Das Problem dabei ist die fehlende Erfahrung in diesem Bereich. Um dieses
17 Problem zu beheben sollen Pilotprojekte für Tablet- bzw. Laptopklassen für eine Dauer
18 von 2 Jahren durchgeführt werden. Zusätzlich sollen verschiedene Programme für einen
19 digitalen Klassenraum angewendet werden, wie es mit dem Programm SchulCommSy in
20 Hamburg bereits der Fall ist. Dabei ist es wichtig sich nicht nur auf die Städte zu beziehen.
21 Wir benötigen Erfahrungen in ganz Brandenburg um regionale Probleme zu entdecken
22 und sie zu beheben. Die Erkenntnisse dabei sollen durch das LISUM ausgewertet werden
23 um aus etwaigen Fehlern zu lernen und das Konzept zur digitalen Bildung anzupassen.
24 Dieses angepasste Konzept soll auf alle Schulen in Brandenburg angewendet werden.

1 Antragsteller: JSAG Brandenburg

2 **Bessere Schulausstattung**

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag

4	B 6	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird aufgefordert sich aktiv einzusetzen mehr
8 finanzielle Mittel bereitzustellen, um eine bessere Schulausstattung bereitzustellen und
9 die Mittel für benötigte Sanierungen zur Verfügung zu stellen.

10 Antragsbegründung:

11 Die Schulausstattung der brandenburgischen Schulen ist oft mehr als mangelhaft.
12 Aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln werden Schulbücher teils über 10 Jahre
13 genutzt. Schulbücher sollten spätestens alle 5 Jahre ersetzt werden, gerade Fächer wie
14 politische Bildung profitieren von aktuellen Schulbüchern.

15 Zudem finden sich in den Schulen oft defekte technische Geräte und kaputte Tische und
16 Stühle. Die leidtragenden sind dabei die Schüler*innen die sich immer neuen
17 Einschränkungen unterziehen müssen, weil die Schulen gegen die Anzahl der Mängel
18 nichts mehr unternehmen können.

19 Die Situation der Schulen im Land entspricht den Anforderungen, den eines der reichsten
20 Länder der Welt erfüllen sollte. Mittlerweile werden wir international meilenweise immer
21 weiter abgehängt. Aber nicht nur international hinkt das brandenburgische
22 Bildungssystem hinterher. Länder wie Hamburg machen es vor und zeigen was aus

- 1 Schulen werden kann, wenn man nur genug in sie und damit auch in die Zukunft der
- 2 Schüler*innen investiert.

1 Antragsteller: JSAG Brandenburg

2 Anpassung der Fahrtzeiten des ÖPNV an den Schulpendelverkehr

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag

4 **B 7** angenommen mit Änderungen angenommen

5 abgelehnt überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die sozialdemokratische Fraktion im Landtag wird aufgefordert, sich aktiv dafür
8 einzusetzen bei der Erstellung von neuen Fahrplänen verpflichtend die Meinung des
9 jeweiligen Kreisschulbeirats einzuholen.

10 Antragsbegründung:

11 Derzeit sind die Fahrpläne des ÖPNV zu Teilen nicht, an die Schulzeiten angepasst.
12 Dadurch entstehen nicht selten Wartezeiten von bis zu zwei Stunden oder andauerndes
13 Zuspätkommen vereinzelter Schüler*innen. Durch eine Befragung des Kreisschulbeirats
14 kann dem entgegen gewirkt werden.

1 Antragsteller: JSAG Brandenburg

2 Unterschiede im Bildungssystem der Länder abbauen

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag, BuKo, Bundesparteitag

4	B 8	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die sozialdemokratischen Mandatsträger in den Parlamenten und in den Regierungen
8 werden aufgefordert sich aktiv dafür einzusetzen die Unterschiede in den
9 Bildungssystemen der Länder abzubauen. Das mittelfristige Ziel soll sein, den
10 Bildungsföderalismus abzuschaffen.

11 Antragsbegründung:

12 Zwischen den Bildungssystemen der Länder bestehen massive Unterschiede. Dies führt zu
13 großen Problemen. So bekommen Kinder von Eltern die berufsbedingt oft den Wohnort in
14 andere Bundesländer wechseln müssen massive Probleme, denn die Rahmenlehrpläne
15 sind in allen Bundesländern unterschiedlich. Außer den Rahmenlehrplänen sind aber auch
16 die Schulausstattungen der Schulen in den Bundesländern gänzlich unterschiedlich. So
17 finden Schüler*innen in Hamburg eine gänzlich andere Ausgangssituation vor als es
18 Schüler*innen z.B. in Brandenburg tun. In Hamburg erlangen die Schüler*innen aufgrund
19 der fortgeschrittenen Digitalisierung in der Schule mehr digitale Kompetenzen, als
20 Schüler*innen in anderen Bundesländern und erlangen dadurch einen deutlichen
21 Wettbewerbsvorteil. Durch die unterschiedlichen erlangten Kompetenzen und die
22 Wettbewerbsvorteile die einige Bundesländer erlangen, werden die Schüler*innen der

- 1 anderen Bundesländer durch die Parlamente und Regierungen um ihre Zukunft betrogen.
- 2 Dies ist kein Standard den wir uns im 21. Jahrhundert leisten können!
- 3 Wir fordern daher eine kurzfristige Anpassung der Rahmenlehrpläne, damit Schüler*innen
- 4 in den verschiedenen Bundesländern auch dieselben Voraussetzungen für ihr späteres
- 5 Leben erlangen. Dies kann aber nur eine vorübergehende Lösung sein. Um
- 6 Chancengleichheit garantieren zu können, benötigen wir auf kurz oder lang ein
- 7 einheitliches Bildungssystem, welches nicht an Ländergrenzen gebunden ist.

C – Chancengleichheit, Soziales und Arbeitsmarkt

1 Antragsteller: Jusos Dahme-Spreewald

2 Solidarität mit den Beschäftigten von Real – Gegen Tarifflicht

3 Zur Weiterleitung an: Landesdelegiertenkonferenz

4	C 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die Jusos Brandenburg erklären ihre Solidarität mit den Beschäftigten der Real-Märkte
9 und verurteilen die Tarifflicht und Umgehung der Equal-Pay-Grundsätze der Metro
10 Services GmbH.

11 Antragsbegründung:

12 Im Juni 2018 wurden alle 34.000 Beschäftigten der Real-Märkte in Deutschland in die
13 Metro Services GmbH überführt. Bereits 2015 stieg Real (bzw. die Metro AG) aus dem
14 Flächentarifvertrag für den Einzelhandel aus. Um dies abzdämpfen, schloss die
15 Gewerkschaft Verdi einen „Zukunftstarifvertrag“, der bereits herbe Einbußen für die
16 Beschäftigten beinhaltete. Im Gegenzug sollte die Metro AG in die Kette verstärkt
17 investieren und am Ende zum Flächentarifvertrag zurückkehren. Während die
18 Investitionen nur geringfügig ausfielen, zog sich die Metro AG noch vor Rückkehr zum
19 Flächentarifvertrag aus dem Zukunftstarifvertrag zurück und schloss sich dem
20 Arbeitgeberverband AHD an. Infolgedessen wurde ein Haustarifvertrag mit der
21 Gewerkschaft DHV geschlossen.

22 Die Gewerkschaft DHV ist eine tendenziell arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft, die oft
23 dann zu Rate gezogen wird, wenn die mit Verdi geschlossenen Tarifverträge unterlaufen
24 werden sollen. Zwar ist noch nicht entschieden, ob die DHV überhaupt eine tariffähige

1 Gewerkschaft ist (das Bundesarbeitsgericht hat in die Entscheidung an das
2 Landesarbeitsgericht Hamburg zurückverwiesen, allerdings mit dem Hinweis der
3 benötigten Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Arbeitgeber), jedoch würde der neue
4 Tarifvertrag, der rückwirkend zum 01.01.2018 Anwendung finden soll, Einbußen der Real-
5 Beschäftigten, die ihm unterliegen, um bis zu 30% bedeuten,

6 Von dem neuen Tarifvertrag wären zunächst nur Neueinstellungen betroffen, jedoch
7 umfasst dies auch die Übernahme von Auszubildenden und ähnliche Fälle. Auch scheint es
8 absehbar, dass der Konzern „alte“ Beschäftigte kündigen und zu schlechteren Konditionen
9 wieder einstellen könnte.

10 Hinzu kommt die schamlose Ausnutzung der nach wie vor bestehenden Rechtslücken im
11 Bereich der Leih- und Zeitarbeit durch die Metro-AG. Damit umgeht der Konzern die
12 Gehaltsanpassung der Leiharbeitnehmer*innen an den Tarifvertrag. Hier muss jedoch
13 konstatiert werden, dass dies – zum Teil – auch auf die SPD zurückgeht. Dies wurde bereits
14 kritisiert und dies gilt es auch weiterhin zu kritisieren. Positiv ist jedoch, dass mit dem
15 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ein erster Schritt getan worden ist. Der
16 vorliegende Fall zeigt jedoch die weiterhin vorhandenen massiven Lücken dieses Gesetzes
17 auf und wie diese schamlos durch auf Profitmaximierung orientierte Konzerne ausgenutzt
18 werden.

1 Antragsteller: Jusos Oberspreewald-Lausitz

2 Bezahlbarer Wohnraum für alle!

3 Zur Weiterleitung an: BuKo, Landes- und Bundesparteitag

4	C 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Wir fordern auf die SPD Fraktion, alle SPD regierten Bundesländer und alle SPD geführten
9 Kommunen auf bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, das heißt:

10

- 11 1. Baukosten senken
- 12 a. Bauordnungen bundesweit vereinheitlichen
- 13 b. Bibliothek für Muster- und Modulbauten anlegen und
- 14 Genehmigungsverfahren für diese stark verkürzen
- 15 c. Bestellerprinzip auch bei Maklern beim Immobilien- oder Wohnungskauf
- 16 einführen
- 17 d. Notargebühren senken
- 18 e. Grunderwerbsteuer gerecht gestalten, Höhe und Dichte bevorzugen, keine
- 19 Villen
- 20 2. Bauland intensiver Nutzen
- 21 a. höher bauen
- 22 b. integrierter bauen
- 23 c. Baukindergeld beschränken, Villen ausschließen!
- 24 3. solidarisch bauen

- 1 a. Vorrang für kommunale Unternehmen, Genossenschaften und soziale
- 2 Träger
- 3 b. sozialen Wohnungsbau stärken, 15 Mio. statt 1,5 Mio. neue
- 4 Sozialwohnungen bauen
- 5 c. Sozialwohnungen dauerhaft halten
- 6 d. Erbbaurecht einführen
- 7 e. Steuerschlupflöcher privater Investoren schließen
- 8 f. Den Geist zurück in die Flasche bringen: Börsennotierte
- 9 Wohnungsgesellschaften zerschlagen und enteignen!
- 10 4. Höhere Verwaltungskapazität schaffen
- 11 5. Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel im Bau ergreifen
- 12 6. Innovationen fördern und im Markt etablieren
- 13 a. Carbonbeton
- 14 b. Digitales Bauen und Planen
- 15 c. 3D Druck
- 16 Antragsbegründung:
- 17 erfolgt mündlich oder wird per Änderungsantrag nachgereicht.

1 Antragsteller: Jusos Märkisch-Oderland

2 Für mehr Betriebskrippenplätze in Brandenburg!

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag, Landtagsfraktion

4	C 3	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD Brandenburg und die SPD Landtagsfraktion dazu
9 auf, sich für die flächendeckende Einführung von Betriebskrippenplätzen in Brandenburg
10 einzusetzen.

11 Alle öffentlichen Betriebe sollen diese Plätze ihren ArbeitnehmerInnen zur Verfügung
12 stellen. Alternativ soll die Selbstbetreuung am Arbeitsplatz ermöglicht werden.

13 Weiterhin sollen private Unternehmen eine Finanzierungsunterstützung zur Schaffung
14 von Betriebskrippenplätzen bekommen. Ziel hierbei ist es, den Mindestanteil von
15 Betriebskrippenplätzen bei privaten Unternehmen in Brandenburg bis 2025 auf 15 % zu
16 steigern.

17 Antragsbegründung:

18 Für ein Flächenland wie Brandenburg ist es wichtig, Fachkräfte zu binden bzw. zu
19 gewinnen. Eine Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen, besteht darin, gezielt auf die
20 Bedürfnisse von Eltern zu reagieren, damit diese die Anforderungen von Beruf und Familie
21 in Einklang bringen können. Von einer familienbewussten Personalpolitik, z.B. in Form von
22 Betriebskrippen, profitieren nicht nur die Beschäftigten und ihre Familien, sondern in
23 erheblichem Maße auch die Betriebe selbst. Leider sind Betreuungsplätze in Betrieben
24 gering. Laut statistischem Bundesamt sind lediglich 1,24 % der Kindertageseinrichtungen

1 betriebliche Kitas.⁸ Für Eltern ist der Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Geburt
2 eines Kindes mit großen Hürden verbunden: lange Wartezeiten und Anmeldungen für
3 Wartelisten in den Kinderkrippen bereits während der Schwangerschaft. Jedes Elternteil
4 sollte die Möglichkeit bekommen, nach Wunsch so schnell wie möglich wieder in den
5 Beruf zurückzukehren.

6 Der Vorteil für Unternehmen besteht darin, qualifizierte Beschäftigte auch in der
7 Familienphase im Betrieb halten zu können. Weiterhin wird die berufliche
8 Chancengerechtigkeit für berufstätige Mütter und Väter erhöht. Positiv fürs Land
9 Brandenburg ist, dass es sich hierdurch aktiv für die Fachkräftesicherung in Verbindung
10 mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen kann und somit ein positives Signal für
11 die Zukunft setzt. Ziel soll somit sein, durch eine Förderung von Betriebskrippenplätzen
12 bzw. der Selbstbetreuung am Arbeitsplatz die Vereinbarkeit von Kind und Beruf zu
13 fördern, damit Brandenburg auch in Zukunft ein Ort zum Leben und Arbeiten sein kann.

⁸ Statista, Anzahl der Betriebskindertagesstätten und Anteil an allen Kindertagesstätten:

<https://de.statista.com/infografik/3198/anzahl-der-betriebskindertagesstaetten-undanteil-an-allen-kindertagesstaetten/>; abgerufen am 16.07.2018.

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Hilfestellungen für Auszubildende

3 Zur Weiterleitung an: MBSJ

4 **C 4** angenommen mit Änderungen angenommen
5 abgelehnt überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die SPD geführte Landesregierung wird aufgefordert Hilfsunterricht für
9 Auszubildende, insbesondere Geflüchtete an Berufsschulen aufzubauen.

10 Antragsbegründung:

11 Das Land Brandenburg muss mehr tun, um Auszubildenden zu helfen, ihre Ausbildung zu
12 schaffen. Insbesondere für Geflüchtete ist es schwer die Ausbildung zu meistern, wenn
13 ihnen keine grundständige Förderung zuteil wird. Bislang gibt es nicht einen Förder-
14 Deutschunterricht oder Förder-Mathematikunterricht an einer brandenburgischen
15 Berufsschule. Es darf nicht den Kommunen übergeholfen werden, die dann mit
16 ehrenamtlichen Initiativen vereinzelt versuchen diesen Missstand zu beheben.

17

18 Die Erfahrung der Jobcenter ist, dass die Menschen die Ausbildung machen wollen, aber
19 dass ihnen die grundständige Bildung fehlt. Ministerin Golze hat sich gegen diese
20 Förderung von Auszubildenden ausgesprochen mit der Begründung: Wer das nicht
21 schafft, geht in das Jedermann-Segment. Heißt Helfermarkt, heißt einfache
22 Helferarbeiten. Das sind jedoch Tätigkeiten, die in nicht allzu ferner Zukunft auch
23 Maschinen machen können. Automatisierte Lager werden zum Beispiel
24 Lagerarbeiter*innen ersetzen. Diese Menschen sind dann nicht entsprechend

1 ausgebildet, um Arbeit bei uns zu finden, während gleichzeitig die Lücke an
2 ausgebildeten Fachkräften in den typischen Kammerberufen immer größer wird. Nur mit
3 mehr Bildungsanstrengungen rund um die Berufsschulen: Fliesenleger*in,
4 Fachlagerist*in, Berufskraftfahrer*in, Maurer*in, Tiefbau Hochbauer*in, Hotelfach,
5 Zahnarztshelfer*in, Altenpfleger*in wird Brandenburg das große Potenzial das die
6 Geflüchteten mitbringen, nutzen können.

7 2017: 30 000 Geflüchtete in Brandenburg Davon 70 Prozent unter 30 Jahre alt, d.h. ca. 20
8 000 Im ganzen Land Brandenburg wurden im Jahr 2017 nur 140 Auszubildende generiert.

9 Auch diese Zahlen zeigen, dass Brandenburg zu wenig tut.

D – Demokratie, Inneres, Justiz und Verbraucherschutz

- 1 Antragsteller: Jusos Dahme-Spreewald
2 Regulierung der Werbung von Online-Casinos
3 Zur Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos, SPD-Bundesparteitag,
4 Landesparteitag der SPD Brandenburg

- 5 **D 1** angenommen mit Änderungen angenommen
6 abgelehnt überwiesen an _____
7

8 Antragstext:

9 Die Jusos Brandenburg setzen sich für eine stärkere Regulierung der Werbung von Online-
10 Casinos ein. Dazu wird ein Verbot der Werbung von Online-Casinos in öffentlich-
11 rechtlichen Medien und (soweit möglich) auch in privaten Rundfunk-Medien, alternativ
12 eine Einschränkung solcher Werbung auf die Uhrzeit zwischen 22 und 6 Uhr, gefordert.
13 Gleiches gilt für Apps in diesem Bereich sowie dem gesamten Bereich der Wettportale.

14 Antragsbegründung:

15 Online-Casinos bergen eine ähnliche, wenn nicht sogar zum Teil höhere, Gefährlichkeit
16 wie reguläre Casinos. Während reguläre Casinos Bedingungen wie Jugendschutz, Verbot
17 von Alkoholausschank und den Regelungen der deutschen Automatenwirtschaft – zu
18 denen auch ein Werbeverbot zählt – unterliegen findet dies bei Online-Casinos in dieser
19 Art nicht statt. So kann nicht oder nur in eingeschränktem Maß kontrolliert werden, ob die
20 Nutzer minderjährig sind, ob sie Alkohol konsumieren während sie dem Glücksspiel
21 nachgehen oder wie lange sie dem nachgehen beziehungsweise wie hoch ihre Verluste
22 bereits sind.

- 1 Nichtsdestotrotz findet – besonders in Begleitung zu Fußballspielen im Fernsehen – ein
- 2 übermäßig hohes Werbeangebot im Fernsehen statt (dies sind vor allem Wettanbieter).
- 3 Es ist nicht verständlich, warum die Deutsche Automatenwirtschaft mit starken
- 4 Regulierungen, die zumeist gut funktionieren, arbeitet, entsprechende Online-Anbieter
- 5 eben solchen Regelungen aber nicht unterworfen sind. Hier ist ein entsprechender
- 6 Handlungsbedarf vorhanden, der besonders die öffentlich-rechtlichen Medien betrifft.

1 Antragsteller: Jusos Dahme-Spreewald

2 Themengebiet: D 2

3 Monopolstellungen im Rahmen des §21 StVZO auflösen

4 Zur Weiterleitung an: Bundeskongress der Jusos, SPD-Bundesparteitag,
5 Landesparteitag der SPD Brandenburg

6	D 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
7		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

8

9 Antragstext:

10 Die Jusos Brandenburg setzen sich für eine Abschaffung der Monopolstellung der DEKRA
11 im Rahmen des §21 StVZO ein. Dazu wird gefordert, dass auch anderen – gleich
12 qualifizierten – Anbietern, die Möglichkeit der Wahrnehmung entsprechender Gutachten
13 geboten und deren Anerkennung sichergestellt wird.

14 Antragsbegründung:

15 Derzeit dürfen Abnahmen von Fahrzeugveränderungen, etc. gemäß §21 StVZO im Land
16 Brandenburg nur durch die DEKRA, im Bundesgebiet nur durch die DEKRA und den TÜV
17 (abhängig vom Bundesland) vorgenommen werden. Hingegen dürfen Prüfer anderer
18 Unternehmen (z.B. GTÜ) trotz gleicher Qualifikation und gleicher rechtlicher Schranken
19 diese Überprüfungen nicht vornehmen.

20 Dies bedeutet selbstverständlich eine Monopolstellung entsprechender Unternehmen, die
21 gleichzeitig auch keiner Preisbindung unterworfen sind. Dies geht zu Kosten der
22 Verbraucher, die entsprechende Abnahmen benötigen.

- 1 Um eine Abhilfe zu schaffen, könnten gleich qualifizierte Unternehmen, diese Abnahmen
2 ebenfalls durchführen. Dem entgegen steht zwar die Befürchtung, dass durch den
3 steigenden Wettbewerb die Abnahmen „leichter von der Hand gehen“, also nicht
4 gesetzesgerecht durchgeführt werden, jedoch stehen für jeden Prüfer – egal ob DEKRA
5 oder ein anderes Unternehmen – die gleichen gesetzliche Strafen bei unzulässiger
6 Abnahme von Fahrzeugen.
- 7 Es erscheint daher nicht erforderlich, eine entsprechende Beschränkung der erlaubten
8 Unternehmen vorzunehmen, solange eine entsprechende Qualifikation der Prüfer vorliegt.
9 Im Gegenzug könnten sogar die Strafen für unzulässige Abnahmen erhöht werden, um
10 den Wettbewerb zwischen den Unternehmen fair zu halten.

1 Antragsteller: JSAG Brandenburg

2 Passives Wahlrecht ab 16 Jahren auf Kommunalebene

3 Zur Weiterleitung an: Landesparteitag

4	D 3	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landesregierung werden
9 aufgefordert sich aktiv dafür einzusetzen das passive Wahlrecht ab 16 Jahren für
10 die kommenden Kommunalwahlen einzuführen.

11 Antragsbegründung:

12 Das Interesse von Jugendlichen für Kommunalwahlen muss gefördert werden, welches
13 durch diese Maßnahme geschieht.

14 Zudem haben wir ein strukturelles Problem genügend engagierte Mitglieder für die
15 kommunale Ebene zu gewinnen. Durch die Beschränkung, Kandidaturen erst ab 18 Jahren
16 zuzulassen, werden viele an der Kommunalpolitik interessierte Jugendliche von einem
17 politischen Engagement abgehalten. Durch den Wegfall der Beschränkung würden vielen
18 Jugendlichen eine Beteiligungsmöglichkeit gegeben werden, durch die sie politische
19 Erfahrung sammeln können und im besten Fall kommunalpolitisch aktiv bleiben.

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Erneuerung der SPD – Bürgernähe Jetzt

3 Weiterleitung an: Landesregierung bzw. Bundesregierung

4	D 4	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die SPD geführte Landes- bzw. Bundesregierung wird aufgefordert einen öffentlichen
9 Raum, bsp Townhall Meeting, in jeder/m Gemeinde/ Stadtteil seinen Bürgern als Ort
10 des Zusammenkommens anzubieten. Die Bürger sollen dadurch monatlich die
11 Möglichkeit haben, miteinander in Kontakt zu treten, sich kritisch miteinander
12 austauschen und unter Umständen auch Aufforderungen an ihren Bürgermeister/
13 Landesregierung formulieren. Die kommunale Regierung ist verpflichtet diese
14 Vorschläge zu berücksichtigen. Der geschützte Raum soll frei von jeglicher
15 extremistischer Position sein, dazu sind die Bürger und Parteien aufgefordert sich zu
16 verpflichten.

17 Antragsbegründung:

18 Die letzte Bundestagswahl hat gezeigt, dass unser Land tief gespalten ist. Diese
19 Initiative soll dazu beitragen, dass Bürger wieder miteinander reden statt
20 übereinander. Außerdem sollen sie die Möglichkeit haben auf einer regelmäßigen
21 Basis mit dem gewählten Vertreter ihrer Kommune in Kontakt zu treten und
22 Vorschläge bzgl. des gesellschaftlichen Miteinanders zu formulieren. Es müssen

- 1 Mittel aus dem Land für die Bewerbung zur Verfügung gestellt werden, damit
- 2 diese Town Hall Meetings im Bewusstsein der Bürger verankert sein werden.
- 3

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Für ein stärkeres Eintreten gegen Rechtspopulismus und gegen die
3 Verrohung der politischen Sprache

4 Weiterleitung an: Landesregierung bzw. Bundesregierung

5	D 5	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
6		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

7 Antragstext:

8 Die SPD wird aufgefordert, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, klarere Zeichen
9 gegen Rassismus und Rechtspopulismus zu setzen und sich der Verrohung der
10 politischen Sprache, die insbesondere eine zunehmend ausländerfeindliche
11 Stimmungsmache bewirkt, mit geeigneten Mitteln entgegen zu stellen. Zentral im Kampf
12 gegen Rechtspopulismus und Rassismus sollte nicht wie bisher die bloße verbale
13 Empörung angesichts bewusster Provokation von rechtsaußen sein; zentral muss
14 vielmehr eine eigene Vision für eine zukunftsgerechte, humane und integrative Politik
15 sein, die die Ängste der Menschen zwar ernst nimmt, diese aber nicht künstlich weiter
16 schürt, sondern praktikable Lösungen anbietet, die nicht zu Lasten einer mehr oder
17 weniger wehrlosen Minderheit gehen.

18 Eine solche Vision zu entwickeln, ist zwar nicht einfach, jedoch unerlässlich, damit man
19 dem dumpfen Populismus vernünftige, substantielle Antworten entgegensetzen kann,
20 anstatt sich von ihm immer weiter nach rechts drängen zu lassen. Will man in der
21 öffentlichen Auseinandersetzung nicht immer nur über das provokativ dahin geworfene
22 Stöckchen der AFD springen, braucht es endlich klügere Strategien, um dem
23 Rechtspopulismus zu begegnen. Auch das sog. Framing, d.h. die bewusste Schöpfung
24 von Begriffen zur Steuerung einer Debatte, darf die SPD nicht länger rechten

1 Scharfmachern überlassen. Sie wird deshalb aufgefordert, dieses Mittel selbst
2 anzuwenden, um die eigenen Themen wieder stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen
3 Debatte zu rücken. Da sich zuletzt auch der Koalitionspartner CSU des Rechtspopulismus
4 bedient und massiv zur Verrohung der politischen Sprache beigetragen hat, schließt
5 unsere Forderung weiterhin ein, auch innerhalb der Regierung klarer Position gegen
6 ausgrenzenden Populismus und menschenverachtende Äußerungen zu beziehen und
7 wenn nötig rote Linien zuziehen.

8 **Antragsbegründung:**

9 Als Anfang Juni verschiedene Bündnisse angesichts einer von der AFD angekündigten
10 Großkundgebung vor dem Brandenburger Tor zu einer Gegendemonstration aufriefen
11 und sich tausende Menschen in Berlin versammelten, um gemeinsam ihren Unmut gegen
12 die AFD auszudrücken, waren bei der zentralen Kundgebung der AFD-Gegner vor dem
13 Reichstagsgebäude auch viele Parteien inklusive bekannter Abgeordneter präsent. Die
14 Grünen, die Linken und sogar die Piraten hatten einen eigenen Stand und waren somit
15 als Unterstützer der Anti-AFD Bündnisse sichtbar. Die SPD hatte keinen Stand und es war
16 auch kein SPD Funktionsträger sichtbar. Hätte Kevin Kühnert keine Rede gehalten, wäre
17 die SPD überhaupt nicht vertreten gewesen.

18 Während die AFD bundesweit also immer besser in Umfragen abschneidet (in
19 Brandenburg liegt sie inzwischen vor der SPD und mit der CDU gleichauf) und es bereits
20 geschafft hat, die CSU aus Angst vor zu großer Konkurrenz viel weiter nach rechts zu
21 treiben, schafft es die SPD nicht einmal, bei einer großen, weit im Voraus bekannten Anti-
22 AFD-Demo Flagge zu zeigen. Dies steht einer Partei, die zu Recht stolz auf ihre
23 historischen Kämpfe gegen den Faschismus ist, nicht gut zu Gesicht. Es ist allgemein
24 bekannt, dass es im Umgang mit rechtsradikalen Parteien nicht erfolgversprechend ist, zu
25 versuchen sie einzudämmen, indem man sich bei der eigenen Politik selbst nach rechts
26 bewegt und manche Forderungen von rechtsaußen gar übernimmt.

27 Ebenso wenig erfolgreich ist es, sich bei jeder neuen verbalen Entgleisung von rechts
28 lautstark zu empören und das eigentlich Unsägliche nur noch weiter zu verbreiten.

1 Stattdessen hilft es eher, den vermeintlich leichten Lösungen der Populisten eigene, gut
2 verständliche Antworten entgegen zu setzen, d.h. eigene Visionen greifbar zu machen
3 und authentisch zu vertreten. Trotz dieser Kenntnis wirkt es im Moment nicht so, als ob
4 die SPD danach handelte. In den letzten Wochen hat auch der Regierungspartner CSU die
5 öffentliche Debatte, insbesondere durch Wortschöpfungen wie „Antiabschiebeindustrie“
6 und „Asyltourismus“, gezielt vergiftet und versucht durch eine ausländerfeindliche
7 Hetze Stimmen bei der AFD abzugraben.

8 Während es wohl richtig war, sich als Bundes-SPD nicht unmittelbar in den internen
9 Streit der Unionsparteien einzumischen, so kann und darf die SPD den damit
10 verbundenen weiteren Auswirkungen, nämlich der zunehmenden Stimmungsmache
11 gegen Asylsuchende und Ausländer insgesamt, nicht tatenlos zusehen. Ansonsten macht
12 sie sich, gerade da sie auch in Regierungsverantwortung ist, mitschuldig, wenn die
13 Gesellschaft weiter gespalten und statt Integration Ausgrenzung betrieben wird. Die
14 ablehnenden Proteste vieler Menschen in Reaktion auf die CSU-Kampagne zeigen
15 vielmehr, dass die SPD mit einer stärkeren Kritik des Vorgehens der CSU und einem
16 klareren Eintreten gegen Rechtspopulismus und für mehr Anstand und Verstand in der
17 Politik positiv punkten kann.

18

F – Flucht und Migration

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Für eine eigene, linke und humanere Migrationspolitik

3 Zur Weiterleitung an: Bundesregierung

4	F 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die Bundes-SPD wird aufgefordert, eigene, glaubhafte und praktikable Lösungen für eine
8 linke, humanere Migrationspolitik zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung
9 einzusetzen. Wie sollen europäische Kompromisse, die keine weitere Abschottung des
10 Kontinents, sondern legale Zuwanderungswege vorsehen, konkret gefunden werden?

11 Reicht Entwicklungszusammenarbeit aus, um Fluchtursachen zu bekämpfen? Wie soll ein
12 Einwanderungsgesetz genau aussehen? Würden davon überhaupt diejenigen, die
13 momentan nach Deutschland kommen, profitieren? Wie kann Integration besser gestaltet
14 werden, d.h. wie kann Zugewanderten das Einleben erleichtert werden, ohne dass sie das
15 Gefühl haben, zur Aufgabe ihrer eigenen Kultur gedrängt zu werden und wie kann
16 gleichzeitig Einheimischen die Angst vor multikulturellen Einflüssen genommen werden?
17 Diese Fragen sollten stärker in den medialen Vordergrund gerückt werden und auf diese
18 muss die SPD eigene, überzeugende Antworten haben, die sich von der rein nationalen,
19 auf Ausgrenzung setzenden Haltung, von CSU und AfD klar unterscheiden. Bisher sind
20 dazu keinen überzeugenden Antworten der SPD durchgedrungen. Wir fordern sie auf, dies
21 zu ändern.

22 Antragsbegründung:

23 Wenn auch in der letzten Zeit medial überrepräsentiert, ist das Thema Migration eines der

1 wichtigsten unserer Zeit, das sehr viele Menschen sehr stark bewegt. Da Migration an sich
2 nichts Schlechtes, sondern so alt wie die die Geschichte der Menschheit ist und in einer
3 alternden Gesellschaft sogar gebraucht wird und da darüber hinaus reine Abschottung
4 und Abschreckung nie ganz funktionieren werden, kann der Lösung der Rechten nicht
5 gefolgt werden. Einwandernde – ob Schutz- oder Arbeitsuchende – dürfen nicht pauschal
6 kriminalisiert werden, sondern haben ein Recht auf faire Verfahren und wenn sie in
7 Deutschland bleiben auch ein Recht auf faire Chancen und Integration.

8 Die SPD muss gemeinsam mit den anderen linken und fortschrittlichen Parteien in Europa
9 Lösungen für eine Migrationspolitik der Zukunft anbieten, die nicht dazu führen, dass sich
10 Europa in eine Festung verwandelt, an deren Grenzen täglich Menschen sterben.
11 Innerhalb Deutschlands kann die Aufregung und Besorgnis nur beruhigt werden, wenn die
12 Menschen das Gefühl haben, dass die Politik nicht hilflos ist und Zuwanderung nicht völlig
13 unkontrolliert geschieht. Dabei können aber weder Grenzschießungen und die
14 Kriminalisierung von Zuwanderung noch die Entwertung des Asylgrundrechts und die
15 Abkehr von internationalem Flüchtlingsrecht die Lösung sein. Migration muss vielmehr als
16 dauerhaftes Phänomen anerkannt und so gut es geht gestaltet werden.

17 Das 11 Punkte Papier der Jusos bietet in Form der Proklamierung unverrückbarer
18 Prinzipien eine gute Ausgangsbasis, auf der ein neues Migrationskonzept entwickelt
19 werden kann. Wir fordern die Bunde-SPD auf, sich in der Migrationspolitik nicht weiter
20 nach rechts drängen zu lassen, sondern sich mit einem eigenen humanen und integrativen
21 Migrationskonzept stärker von der Union abzugrenzen.

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Nicht-regierungsgesteuerte Seenotrettung darf nicht kriminalisiert
3 werden

4 Zur Weiterleitung an: Bundesregierung

5	F 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
6		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

7

8 Antragstext:

9 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert gemeinsam mit anderen SPD-
10 geführten Landesregierungen eine Bundesratsinitiative zu starten, dass sich die
11 Bundesrepublik Deutschland international für die Rettung von Flüchtenden aus Seenot
12 einsetzt und private Seenotretter*innen nicht kriminalisiert werden dürfen. Gleichzeitig
13 werden die Mitglieder der SPD Bundesfraktion aufgefordert, sich innerhalb der Koalition
14 mit Druck ebenfalls dafür einzusetzen das Ertrinkenlassen im Mittelmeer zu beenden und
15 die Kriminalisierung privater Seenotretter zu beenden.. Es soll zudem gefordert werden,
16 dass die Rettungsschiffe, unabhängig vom Ort des Antreffens des rettungsbedürftigen
17 Boote zu nächstgelegenen europäischen Hafen gebracht werden sollen, ohne Umwege
18 und ohne Diskussion über eine mögliche direkte Rückführung auf den afrikanischen
19 Kontinent. Vorschläge dazu, die Rettung Ertrinkender der libyschen Küstenwache zu
20 überlassen und humanitäre Seenotrettung als Pullfaktor für Migration zu klassifizieren,
21 sind aus Menschenrechtsgründen abzulehnen und mit Fakten zu belegen. Zusätzlich sollte
22 die Idee eines regierungsgesteuerten europäischen Rettungsangebots eingebracht
23 werden, um ehrenamtliche und humanitäre Organisationen deutlich zu entlasten.

24

1 Antragsbegründung:

2 NGO's, die Seenotrettung betreiben, um im Gegensatz zu der libyschen
3 Küstenwache, täglich Menschenleben zu retten und nach Europa und damit in
4 Sicherheit zu bringen, stemmen eine ungeheuer schwierige Aufgabe aus eigenem
5 Antrieb heraus. Dies tun sie nach bestem Gewissen und aus reiner Humanität.
6 Diesen Organisationen Kooperation mit oder Vollendung der Taten von Schleppern
7 vorzuwerfen und sie aus diesen Gründen vom Einlaufen bzw. Auslaufen aus den
8 Häfen fernzuhalten, ist nicht nur falsch, sondern auch unlogisch, da es keinen
9 erkennbaren Nutzen für die Besatzung von derlei Rettungsaktionen gibt, mit
10 Ausnahme der Rettungsaktionen selbst. Unterlassene Hilfeleistung ist nach
11 deutschen Recht eine Straftat, warum sollten auf internationalem Terrain
12 diejenigen bestraft werden, die helfen? Darüber hinaus müssen auch nach
13 internationalem Seerecht Schiffe in Not gerettet werden.

14 Letztendlich wäre es auch eine staatliche Aufgabe, geeignete Maßnahmen zu
15 ergreifen, um das Recht auf Leben bestmöglich zu schützen. Private Seenotretter
16 dafür zu bestrafen, dass sie letztlich Aufgaben übernehmen, die die europäischen
17 Regierungen nicht ausreichend zu übernehmen bereit sind, ist inakzeptabel. Wir
18 brauchen eine Seebrücke und sichere Häfen für

19 Schutz- und Asylsuchende, die nicht an Orte zurückgebracht werden dürfen, an
20 denen ihnen (Rest der Begründung fehlt. - Anm. des Geschäftsführers)

G – Gesundheit

- 1 Antragsteller: Jusos Oberspreewald-Lausitz
- 2 Gesundheitssystem fit für die Zukunft machen, Impfpflicht einführen,
- 3 Prävention stärken, Globukalypse now!
- 4 Zur Weiterleitung an: Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand

5	G 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
6		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

7

8 Antragstext:

9 Die Jusos Brandenburg fordern die SPD Bundestagsfraktion sowie den
10 Parteivorstand auf das Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen, das heißt:

11 1. Solidarität für alle, das Gesundheitssystem auch durch breitere Schultern
12 finanzieren: PKV und Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen!

13 2. Generika und Biosimilars stärken, Gesundheitssystem bezahlbar halten

14 3. Post Antibiotisches Zeitalter verhindern, Wirksamkeit der Antibiotika erhalten,
15 Alternativen stärker erforschen, Arzneimittelproduktion in Deutschland
16 stärken!

17 4. abgestufte, allgemeine Impfpflicht einführen!

18 5. Prävention stärken

- 1 6. Krankheiten heilen statt Symptome bekämpfen, Erforschung seltener
- 2 Krankheiten stärker fördern!
- 3 7. Medizin als Wissenschaft erhalten, Globukalyse now!
- 4 8. Ärztemangel in ländlichen Räumen bekämpfen, mehr Studienplätze schaffen!
- 5 9. Gesundheitssystem digitalisieren, Interoperabilität bei Dienstleistungen wie
- 6 der elektronischen Patientenakte sicherstellen.
- 7 Antragsbegründung:
- 8 erfolgt mündlich oder wird per Änderungsantrag nachgereicht.

1 Antragsteller: Jusos Havelland

2 Beamtinnen und Beamten den Weg in die gesetzliche
3 Krankenversicherung (GKV) eröffnen

4 Zur Weiterleitung an: Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion

5	G 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
6		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

7

8 Antragstext:

9 Wir fordern die Landesregierung auf Beamtinnen und Beamten des Landes
10 Brandenburg den Weg in die Gesetzliche Krankenversicherung zu ermöglichen. Sie
11 soll dabei dem Hamburger-Modell folgen. Dafür sollen konkret folgende
12 Maßnahmen ergriffen werden:

- 13 1. Erlassung einer eigenen Beihilfeverordnung für Beamtinnen und Beamte
14 des Landes Brandenburgs, analog der Bundesbeihilfeverordnung
- 15 2. in dieser Verordnung vorzusehen, dass anstatt eines Beihilfeanspruchs auch
16 eine dem Arbeitgeberbeitrag analoge Zahlung an die Krankenkasse von
17 gesetzlich kranken- und pflegeversicherten Beamtinnen und Beamten und
18 vergleichbaren Beschäftigten auf deren Wunsch erfolgen kann, sowie

1 3. im Dialog mit den anderen Bundesländern und den übrigen Dienstherren
2 darauf hinzuwirken, dass auch diese eine entsprechende reale
3 Wahlmöglichkeit für die dortigen Beihilfeberechtigten schaffen.

4 Antragsbegründung:

5 Es ist allgemeine Beschlusslage der SPD und der Jusos, dass wir die Zwei-Klassen-
6 Medizin ablehnen und eine Bürgerversicherung wollen. Es erscheint also unlogisch,
7 dass Beamtinnen und Beamte durch die derzeitige Gesetzeslage dazu gezwungen
8 werden eine private Krankenversicherung abzuschließen.

9 Es soll die private Krankenversicherung für Beamte nicht abgeschafft werden,
10 lediglich ein echtes Wahlrecht mit einer zusätzlich möglichen Leistung (dem
11 Arbeitgeberbeitrag) für Beamtinnen und Beamte soll geschaffen werden. Dieser
12 Schritt bietet wesentliche Vorteile gegenüber der PKV: Kinder sind in der GKV
13 beitragsfrei mitversichert. Die Beiträge der Mitglieder orientieren sich in der GKV
14 am Einkommen, so dass es keine Benachteiligung wegen eines geringeren
15 Einkommens gibt.

16 Die geforderten Änderungen kämen damit insbesondere Beamtinnen und
17 Beamten zugute, die eine relativ niedrige Besoldung haben. Denn gerade in dieser
18 Gruppe ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass die im Alter ansteigenden
19 Versicherungsprämien in der privaten Versicherung zu finanziellen
20 Schwierigkeiten führen. Zudem nutzt der Antrag denjenigen Beamtinnen und
21 Beamten, die entweder selbst oder deren Angehörige Vorerkrankungen haben und
22 die daher Probleme haben, in die private Krankenversicherung einzutreten. Als

- 1 dritte Gruppe profitieren Beamtinnen und Beamte mit Kindern, da für sie in der
- 2 gesetzlichen Krankenversicherung die kostenfreie Mitversicherung greift.

N – Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales

1 Antragsteller: Jusos Postdam

2 Netzneutralität im Grundgesetz verankern

3 Zur Weiterleitung an: Landesdelegiertenkonferenz

4	N 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Wir erkennen die Netzneutralität als Mittel zur Schaffung von Gleichheit im Internet an.
8 Wir fordern die ausnahmslose Verankerung der Netzneutralität im Grundgesetz. Die
9 Netzneutralität bezeichnet den Zustand der völligen Gleichbehandlung von Daten im
10 Internet. Das bedeutet konkret dass Dienste und Webseiten für die EndbenutzerInnen
11 in der gleichen Geschwindigkeit angeboten werden. Sollten Anbieter die Möglichkeit
12 haben Dienste in unterschiedlichen Geschwindigkeiten anbieten zu dürfen, kann ein
13 Monopol von wirtschaftlicher besser gestellten Unternehmen und Privatpersonen
14 entstehen. Das betrifft sowohl die freie Meinungsäußerung wie wirtschaftliche Vorteile.

15

16 Antragsbegründung:

17

18 Bei fehlender Netzneutralität wird Internet Providern die Möglichkeit gegeben wird mit
19 Anbietern von Diensten & Webseiten im Internet, Verträge abzuschließen die Ihre Dienste
20 von einer möglichen Drosselung der Geschwindigkeit ausschließen. Dies Bedroht die freie
21 Meinungsäußerung sowie faire Wirtschaft.

22

1 Antragsteller: Jusos Postdam

2 SPD für Digital Natives wählbar machen

3 Zur Weiterleitung an: D64, Bundestagsfraktion,

4	N 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6 Antragstext:

7 Die Jusos Potsdam fordern die SPD Bundestagsfraktion sowie alle SPD geführten
8 Bundesländer auf, die SPD für Digital Natives wählbar zu machen. Das heißt für uns:

9

10 1. Die Netzneutralität wird im Grundgesetz verankert. Zero Rating sehen wir in jeder
11 Form und ausdrücklich als Verstoß gegen die Netzneutralität an. Insbesondere
12 Deep Packet Inspection (DPI) wird Providern, Internetknotenpunktbetreibern (wie
13 z.B. DE-CIX) und Betreibern sonstiger Internetinfrastruktur nur zur Abwehr von
14 Angriffen erlaubt, die einen massiven Schaden am Internet oder dessen
15 Infrastruktur verursachen würden. Insbesondere eine unterschiedliche
16 Priorisierung oder eine verzögerte Weiterleitung von Paketen wird verboten.

17

18 2. Die Vorratsdatenspeicherung wird abgeschafft. Schon heute ist sie mangels
19 rechtlicher Grundlage und aufgrund von Verstößen gegen das Grundgesetz sowie
20 europäische Grundrechte ausgesetzt. Bisher konnte die positive Wirkung einer
21 Vorratsdatenspeicherung nie demonstriert werden, sie verstößt gegen das
22 Grundgesetz und ist zur Zeit nicht in Kraft. Sie hat daher keine
23 Existenzberechtigung und muss abgeschafft werden.

24

25 3. Das Leistungsschutzrecht wird abgeschafft.

1 Vor allem auf Druck von Lobbyisten eingeführt, sollte sie eine angeblich
2 bestehende Schutzlücke im Urheberrecht schließen und zu mehr Wettbewerb
3 führen. Die Jusos zweifeln an, dass diese Schutzlücke existiert. Normale Patente
4 sind für 20 Jahre geschützt, das Urheberrecht schützt Werke bis zum 50. Todestag
5 eines Urhebers. Eine Schutzlücke besteht also nicht. Im Gegenteil: Die Schutzdauer
6 des Urheberrechts sollte eher an die von Patenten angenähert werden. Außerdem
7 führte das Leistungsschutzrecht zum Gegenteil des Geplanten. Während der
8 Monopolist Google mit Verlagen eine kostenlose Lizenz und damit quasi eine
9 Ausnahme vom Leistungsschutzrecht aushandeln konnte, sind Mittelständler,
10 kleinere Anbieter und Startups stark benachteiligt. Uploadfilter sind nur der
11 perverseste Auswuchs des Leistungsschutzrechts. Die Jusos sind überzeugt: "Der
12 Fisch stinkt vom Kopf her!". Ein Leistungsschutzrecht ist in jeglicher Form
13 abzulehnen!

14

15 4. Das Verbot von Netzsperrern, Internetzensur und Uploadfiltern wird im
16 Grundgesetz verankert.

17

18 5. Werblocker werden durch ein Gesetz allgemein erlaubt. Nur bei Verstößen
19 gegen das Wettbewerbsrecht, wie durch ein Whitelisting von bestimmter
20 Werbung, können Herausgeber und Entwickler kommerzieller Werblocker zu
21 einer Änderung ihrer Werblocker oder Strafzahlungen verurteilt werden.
22 Werblocker, die als freie Software (gemäß OSI Definition) veröffentlicht werden,
23 sind von solchen Regularien explizit ausgenommen.

24

25 6. Bei Open Data und Informationsfreiheitsgesetzen wird eine Beweislastumkehr zu
26 Folgendem vorgenommen: Daten müssen allgemein veröffentlicht werden, es sei
27 denn datenschutzrechtliche Bedenken (wie bei personenbezogenen
28 Gesundheitsdaten) oder nationale Sicherheit stehen einer Veröffentlichung

1 entgegen. Haushaltsdaten oder Daten der Bundesnetzagentur müssen
2 grundsätzlich veröffentlicht werden. Unternehmensinteressen sind grundsätzlich
3 kein Hindernis für eine Veröffentlichung von Daten als Open Data.

4
5 7. Die SPD steht für echte Glasfaser für alle, nicht für Koaxialkabel oder Vectoring,
6 das heißt:

7
8 a. Nur noch der Glasfaserausbau (FTTH oder FTTB) wird finanziell gefördert,
9 Vectoring, DOCSIS 3.X, FTTC oder FTTdp werden von einer Förderung
10 ausgeschlossen.

11 b. Open Access wie in Schweden einführen, Überbau verhindern, kommunale
12 Akteure stärken, "Glasfaser gewinnt" Prinzip einführen! Derzeit ist es leider
13 so, dass sobald ein Anbieter an einem Ort Glasfaser aus baut, andere
14 Anbieter, wie z.B. die Telekom, diese Infrastruktur mit eigener Glasfaser
15 oder veralteten Technologien wie Vectoring überbauen, also eine parallele,
16 billigere, aber weniger zukunftsfähige Infrastruktur schaffen. Dies erhöht
17 nur die Kosten und verzögert echte Glasfaser. Die Jusos fordern daher die
18 Einführung von Open Access und einem "Glasfaser gewinnt" Prinzip, das
19 heißt: Sobald ein Anbieter Glasfaser ausgebaut hat, muss er allen
20 Konkurrenten einen kostenpflichtigen, aber fairen Zugang zu dieser
21 Infrastruktur gewähren. Gleichzeitig darf mit einer Verzögerung von 3
22 Monaten kein anderer Anbieter seine dort bereits bestehende, nicht
23 Glasfaser basierte Infrastruktur, nutzen. Genauer gesagt schlagen wir die
24 Jusos folgende Reihenfolge vor: FTTH gewinnt gegen alles, FTTB gegen alles
25 außer FTTH. Jegliche Technologien abgesehen von FTTH und FTTB verlieren
26 grundsätzlich. Koaxialkabel sind gegenüber Vectoring nicht besser gestellt.

27 c. Es wird ein Förderprogramm für den kommunalen Ausbau von Glasfaser
28 eingerichtet, gleichzeitig werden Kommunen zu einem Glasfaserausbau

1 verpflichtet, wenn bestehende Straßen z.B. zur Wartung von
2 Wasserleitungen, sowieso geöffnet werden. Kooperationen zwischen
3 Kommunen werden gefördert, insbesondere da gerade kleine Kommunen
4 selten die nötigen Planungs- und Ausbaupkapazitäten haben.

5
6 8. Kein Funkloch bis 2027!

7 Wir fordern, dass bei der Vergabe der 5G Frequenzen zum Zuschlag kommende
8 Unternehmen zu einer 100%igen Abdeckung Mobilfunkabdeckung in ganz
9 Deutschland, insbesondere den ländlichen Räumen, bis 2027 verpflichtet werden.

10 Wir fordern explizit die Einführung des National Roamings. Das heißt, dass alle
11 Netze privater Unternehmen zu einem virtuellen Netz zusammengeschaltet
12 werden. Dies erhöht nicht nur die Netzabdeckung, sondern senkt auch die Kosten
13 des Netzausbaus.

14
15 9. Sichere Mobilfunkstandards, VoLTE und Wifi Calling für alle, Abschaltung von GSM
16 bis 2020 und von UMTS bis 2022!

17 Die veralteten Mobilfunkstandards GSM und UMTS sind erwiesenermaßen
18 unsicher. Nur die aktuellen Nachfolger, LTE (4G) und 5G, sind als sicher anzusehen.
19 Leider nutzen Mobilfunkprovider LTE derzeit zur Produktdiversifizierung. Der
20 Zugriff auf LTE oder VoLTE wird künstlich eingeschränkt. Die Einschränkung von
21 LTE führt zu einem grundsätzlichen Sicherheitsproblem, die Einschränkung von
22 VoLTE zu einem Sicherheitsproblem bei der Telefonie und zu erhöhtem
23 Stromverbrauch, da das Mobilgerät zum Telefonieren vom sicheren LTE ins
24 unsichere GSM/UMTS Netz wechseln muss. Außerdem könnten die bisher für
25 GSM/UMTS genutzten Frequenzen problemlos für 5G verwendet werden, also
26 Geschwindigkeit und Netzabdeckung von 5G erhöhen. Wir fordern daher einen
27 Ausstieg aus unsicheren Mobilfunkstandards!

28

1 10. Informatik zum Wahlpflichtfach machen!

2 Wir fordern alle SPD geführten Bundesländer auf Folgendes in die Tat umzusetzen
3 und eine Bundesratsinitiative für eine bundesweite Umsetzung zu starten:

- 4 a. Jeder*m Schüler*in ab der 7. Klasse, egal an welcher Schulform und
5 unabhängig von der fachlichen Ausrichtung der Schule, muss das Angebot
6 ermöglicht werden, Informatik als Wahlpflichtfach wählen, Informatik in
7 der Oberstufe zu belegen und Informatik als Abiturfach zu wählen.
- 8 b. Informatik wird nicht als Einführung in proprietäre Software (z.B. den
9 Office Produkten eines in Redmond ansässigen Softwareunternehmens)
10 oder als Medienkunde missbraucht. Stattdessen sollen Grundkenntnisse in
11 Programmierung, Algorithmen und Datenstrukturen vermittelt werden.
- 12 c. Es werden entweder moderne Programmiersprachen (wie Python oder
13 Ruby) oder Industriesprachen (wie Java) als erste Programmiersprache
14 gelehrt. Veraltete Sprachen wie Delphi, Pascal, Smalltalk oder Fortran
15 dürfen nicht als erste Programmiersprache eingesetzt werden und generell
16 nur am Rande erwähnt werden. C und Assembler werden ebenfalls nicht
17 als erste Programmiersprache eingesetzt und dürfen nur eine
18 untergeordnete Rolle spielen. Lernprogrammiersprachen wie Scratch,
19 Python Turtle, Robot Karol und Ähnliche werden ausschließlich in der
20 Grundschule eingesetzt. Die Jusos glauben dadurch einen Beitrag zur
21 Reduktion des Fachkräftemangels in der IT Branche zu leisten.

22 11. Wirklich Freie WLANs schaffen!

23 Um in ganz Deutschland flächendeckendes WLAN zu ermöglichen, fordern wir:

- 24 a. die Einführung des Providerprivilegs für Betreiber öffentlicher WLANs
25 b. die Abschaffung der Störerhaftung für Betreiber öffentlicher WLANs
26 c. Freifunk an allen öffentlichen Gebäuden

27 Antragsbegründung:

28 erfolgt mündlich oder wird per Änderungsantrag nachgereicht.

29

U – Umweltpolitik

1 Antragsteller: Jusos Postdam

2 Kampagne für Klima- und Umweltschutz

3 Zur Weiterleitung an: Landesregierung

4	U 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext

8 Die Landtagsfraktion wird gebeten, das SPD geführte Umweltministerium aufzufordern,
9 eine Kampagne aufzulegen, in der handlungsorientiert das Thema Klimaschutz und der
10 eigene Beitrag hierfür im Mittelpunkt steht.

11

12 In der Kampagne sind an Hand von Positivbeispielen die Themen

13 - regionale Mobilität,

14 - klimafreundlicher ÖPNV,

15 - alternative Energie- und Wärmeversorgung,

16 - ökologische Landwirtschaft,

17 - Erhaltung von Naturräumen,

18 - Ökosystemdienstleistungen

19 - Ernährung,

20 - Wohnen und

21 - Konsumverhalten

22 aufzugreifen und nachvollziehbar aufzubereiten.

23

24 In der Kampagne sollen die vielfältigen sozio-ökologischen Interaktionen Beachtung
25 finden.

1 Ziel der Kampagne ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Klimaschutz kein
2 Selbstzweck ist, sondern der Umwelt und damit schließlich wieder uns Menschen und
3 unserer Gesundheit zugutekommt. Im besten Fall wird mit der Kampagne ein fachlicher
4 Austausch und weitere Ideenfindung für eine progressive Umweltpolitik initiiert.

5

6 **Antragsbegründung:**

7 Die Klimaziele der Pariser Klimakonferenz 2015, die eine 40%ige Reduzierung der
8 Treibhausgasemissionen fordern, sind für Deutschland ein relevantes Thema, welches
9 jedoch oft an die Bundesebene abgegeben wird. Was hindurch sickert sind häufig nur
10 Überlegungen zur CO2 Einsparungen im Energiebereich. Dabei ist es sehr wichtig, dass die
11 Länder und Kommunen sich intensiv mit allen Themen beschäftigen, die zu Emissionen
12 von Treibhausgasen führen. Diese vielschichtige Betrachtung und die Relevanz zur
13 Erreichung der Klimaziele muss an die Bürger*innen weitergeben werden.

14

1 Antragsteller: Jusos Postdam

2 Erneuerung der SPD durch Einbringung ökologischer Themen

3 Zur Weiterleitung an: Landesregierung bzw. Bundesregierung

4 **U 2**

angenommen

mit Änderungen angenommen

5

abgelehnt

überwiesen an _____

6

7 Antragstext

8 Der Landesvorstand wird gebeten, ein ökologisches Leitbild für die Partei zu entwickeln.

9 Das Leitbild soll als Selbstverpflichtung dazu führen, dass durch Vermeidung von

10 Materialverschwendung (vor allem Papier und Müll), durch Verwendung von recycelten

11 Papier und umweltfreundlichen Materialien für Drucke, Flyer, Stifte, Taschen etc. eine

12 Reduktion des eigenen ökologischen Fußabdrucks erfolgt. Im Leitbild ist das Thema einer

13 ökologisch verträglichen Verpflegung bei Parteiveranstaltungen aufzugreifen.

14

15 Antragsbegründung:

16 Die SPD ist eine Volkspartei, die sich für Menschen und deren Bedürfnisse einsetzt. Soziale

17 Themen sollen daher auch im Vordergrund stehen. Um jedoch auch in Zukunft

18 menschlichen Bedürfnissen gerecht zu werden ist eine Zuwendung und starke

19 Fokussierung auf Themen wie dem globalen Wandel erforderlich. Anhand aktueller

20 Auswirkung des Klimawandels, ist zu sehen, dass eine Veränderung der natürlichen

21 Umwelt auch eine Veränderung der sozialen Strukturen mit sich bringt. Es wird nicht nur

22 zu extremeren Wetterereignisse wie Starkregen und Schnee und zu einer Verschiebung

23 der Jahreszeiten in Deutschland kommen, was erhebliche Konsequenzen u.a. für die

24 Landwirtschaft haben kann, sondern auch zu verkürzten Wintern, die zur Zunahme von

25 Krankheitserregern und einer Verlängerung der Allergiesaison führen kann. Nicht zu

26 vergessen sind auch die weltweiten Auswirkungen, die erhebliche klimabedingte

27 Migrationswellen auslösen könnten. Regional sind Vermeidung von Schadstoffen in

1 Industrie und Mobilität nicht nur aus Umweltschutzsicht ein wichtiges Thema, sondern
2 dienen letztendlich der menschlichen Gesundheit. Diese Themen bedürfen größerer
3 Beachtung, da auch Deutschland seinen Anteil in der Verantwortung für weltweite
4 emissionsinduzierte Klimaveränderungen und konsumbedingte Umweltzerstörung trägt.
5 Eine regierende SPD darf sich nicht vor der Umsetzung von ökologisch und damit auch
6 sozial relevanten Themen drücken und sollte dabei zuallererst als Vorbild Integrität
7 beweisen.

8
9
10
11

1

O – Organisation und Partei

1 Antragsteller: Juso-Landesvorstand

2 Mehr Juso-Power

3 Zur Weiterleitung an: SPD Brandenburg

4	O 1	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die Landesdelegiertenkonferenz beschließt, die Anzahl der Mitglieder im Juso-
9 Landesvorstand von sieben auf neun zu erhöhen mit Wirkung zu den nächsten
10 Vorstandswahlen im Frühjahr 2019. Hierfür wird die Richtlinie wie folgt geändert:

11 §11 Abs. 2 jeweils Nummer 2 Richtlinie der Jusos Brandenburg:

12 Ersetze "fünf stellvertretenden Sprecher*innen" durch "sieben stellvertretenden
13 Sprecher*innen"

14 sowie ersetze "sechs Stellvertreter*innen" durch "acht Stellvertreter*innen".

15 Antragsbegründung:

16 Aus den Erfahrungen in der Arbeit des Juso-Landesvorstandes lässt sich sagen, dass mehr
17 Schultern mehr Arbeit tragen können. Wir planen immer wieder viele Projekte. Gerade im
18 nächsten Jahr steht der Landtagswahlkampf an, bei dem wir ggf. einen eigenen
19 Jugendwahlkampf umsetzen wollen. Die Unterbezirke und Landesarbeitskreise verdienen
20 es, dass hinter jedem ihrer Anträge ausreichend Kapazität zur Umsetzung steht, auch
21 wenn das Tagesgeschäft wie zum Beispiel die noGroko-Debatte eigentlich keinen
22 zeitlichen Spielraum lässt. Verbandswochenenden, Basistreffen, etc. wollen organisiert

- 1 werden. Unsere eigenen öffentlichkeitswirksamen Medien wie Facebook, Website und
- 2 Instagram wollen wir gut nutzen. Wir haben immer viel vor, aber nicht genug Menschen,
- 3 um dies umzusetzen. Aus zwei weiteren Personen im Juso-Landesvorstand erhoffen wir
- 4 uns, noch mehr Anträge und Projekte umsetzen zu können, sowie mehr Kontinuität in die
- 5 Arbeit zu bringen.

V – Verkehrspolitik & Infrastruktur

- 1 Antragsteller: Jusos Potsdam und Jusos Oberspreewald-Lausitz
2 Es kann so einfach sein: ÖPNV in Brandenburg ticketlos gestalten
3 Zur Weiterleitung an: Landesregierung

- 4 **V 1** angenommen mit Änderungen angenommen
5 abgelehnt überwiesen an _____
6

7 Antragstext:

8 Die Landesregierung wird aufgefordert den ÖPNV in Brandenburg ticketlos und solidarisch
9 zu gestalten und durch eine Abgabe i.H.v. 365€ (ca. 30 pro Monat) bzw. 90€ (7,5€ pro
10 Monat) für Hartz 4 Empfänger*innen, WBS Berechtigte sowie anderweitig Bedürftige pro
11 Jahr sowie eine Kurtaxe zu finanzieren, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren fahren
12 kostenlos. Das Land möge Kommunen dazu bewegen ihren ÖPNV so zu finanzieren und
13 die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen oder z.B. über eine
14 Bundesratsinitiative dafür sorgen, dass diese geschaffen werden.

15 Antragsbegründung:

16 Der größtenteils PKW-basierte Individualverkehr verursacht massive Kosten, die in
17 keinster Weise refinanziert sind. Die TU Dresden beziffert diese auf 2.100€ pro PKW.
18 Gleichzeitig kostet der Individualverkehr Kommunen dreimal so viel wie der ÖPNV.
19 Außerdem ist der Verkehrssektor der Sektor, der bisher am wenigsten zum Klimaschutz
20 beiträgt; im Gegenteil. Der Verkehrssektor macht die Einsparungen des Energiesektors
21 sogar zunichte.
22 Gerade Kinder, Jugendliche, Senioren und arme Familien dürfen, oder können entweder
23 noch nicht oder nicht mehr Auto fahren oder können sich ein Auto schlicht nicht leisten.

- 1 Gerade von Armut betroffene Kinder haben dadurch meist nur den Aktionsradius, den sie
- 2 zu Fuß zurücklegen können. Gerade deshalb werden wir den ÖPNV für Kinder und
- 3 Jugendliche unter 18 komplett kostenlos gestalten. Die Jusos sind fest davon überzeugt,
- 4 dass sich all diese Probleme und Herausforderungen nur dadurch lösen lassen, dass der
- 5 ÖPNV attraktiv gestaltet, bezahlbar und solidarisch finanziert wird: über eine solidarische
- 6 Abgabe.

1 Antragsteller: Juso-Landesvorstand

2 EIN Ticket für Berlin und Brandenburg

3 Zur Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

4	V 2	<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5		<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die Jusos Brandenburg fordern die Einführung eines Tickets für den ÖPNV, welches für
9 Menschen, die in Berlin oder Brandenburg wohnen, 365€ im Jahr bzw. 31€/Monat kostet.
10 Der Geltungsbereich umfasst Berlin und Brandenburg.

11 Antragsbegründung:

12 Wir wollen den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr fördern. Günstigere Tickets
13 können mehr Menschen dazu bewegen, das Auto stehen zu lassen, wenn es
14 preisgünstigere Alternativen gibt. Gerade im ländlichen Raum könnte es dazu führen, dass
15 der Teufelskreis durchbrochen wird: Auf selten befahrenen Routen steigen Menschen auf
16 das verlässlichere Auto um – noch weniger Menschen nehmen den Bus/die Bahn – noch
17 mehr Routen werden eingestellt – noch mehr Menschen nutzen das Auto. Das 365€-Ticket
18 bringt ein verhältnismäßig großen Benefit. Insgesamt wird uns die Umwelt ein solches
19 Ticket und den entsprechenden Ausbau des ÖPNV danken.

20 Die Idee dieses Tickets wurde während der Erarbeitung unserer Ideen für das
21 Landtagswahlprogramm aufgeworfen. Der LaVo hat versprochen, einen Antrag zur LDK
22 einzubringen, damit dazu eine Beschlusslage gebildet werden kann.

1 Antragsteller: Jusos Potsdam

2 Trend alternder Städte umkehrenZur

3 Weiterleitung an: Landesregierung

4 **V 3** angenommen mit Änderungen angenommen

5 abgelehnt überwiesen an _____

6

7 Antragstext:

8 Die SPD geführte Landesregierung ist aufgefordert, in von Landflucht betroffenen Städten
9 und Gemeinden Geflüchtete Familien ansiedeln zu lassen und diesen Prozess von einem
10 interdisziplinären Forschungsteam begleiten zu lassen. Auf dem Land bricht die
11 Infrastruktur in verschiedenen Bereichen, bspw. Medizinische Versorgung oder kultureller
12 Angebote, weg und die Bausubstanz verfällt. Das mindert die Lebensqualität für die
13 dortige Bevölkerungsgruppe erheblich und trägt nicht zu einem Altern in Würde bei.

14 Um diesem Prozess entgegenzuwirken, sollen Geflüchteten Familien mit Einverständnis
15 der heimischen Bevölkerung dort angesiedelt werden, und auf Basis der vorhandenen
16 Strukturen diese Ort wiederbeleben. So kann z.B ein Arzt aus Syrien einem kurz vor der
17 Pension stehenden Landarzt assistieren und mit Unterstützung des Landes die Praxis auch
18 übernehmen, oder ein vertriebener Landwirt kann einem heimischen Bauern assistieren,
19 falls es niemand gibt, der seinen Betrieb übernehmen kann.

20 Das Projekt soll von einem interdisziplinären Forschungsteam (Psychologen, Soziologen,
21 Stadtplaner etc.) begleitet und unterstützt werden, genau wie von der Landesregierung.
22 Um den Austausch zwischen den heterogenen Gruppen zu gewährleisten, muss das Land

- 1 als Ansprechpartner zur Verfügung stellen und zur Not auch Probleme annehmen und
- 2 lösen.
- 3 Antragsbegründung:
- 4 Junge Menschen zieht es immer mehr vom Land in die Großstädte, das ist
- 5 Fakt. Deshalb müssen wir für diese Probleme einen neuen kreativen Weg finden. Wir
- 6 müssen die Verantwortung gegenüber der alternden Bevölkerung auf dem Land in
- 7 Brandenburg annehmen, und das Land als lebenswerten Raum zu erhalten. Außerdem
- 8 haben wir im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention eine humanitäre Verpflichtung
- 9 gegenüber den Geflüchteten, die sich tagtäglich auf den Weg nach Europa machen. Ein
- 10 Pilotprojekt eingebettet in einen interdisziplinären Forschungskontext ist ein Muss, um
- 11 das Vertrauen durch qualifizierte Ansprechpartner zu erhöhen. Außerdem muss das
- 12 Vertrauen der Bürger durch einen ständigen Ansprechpartner des Landes erhalten bleiben,
- 13 an den sich der Bürgermeister der jeweiligen wie seine Bürger wenden können.